Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 6. Dezember 2008 118. Jahrgang Nr. 31.696

Cristina trifft Ingrid trifft Madonna

Betancourt ruft Lateinamerika zu Lösung der Kolumbien-Krise auf

Buenos Aires (dpa/AT) – Regieren muss nicht langweilig sein. Am Dienstag trafen sich gleich zwei illustre Gäste in der Casa Rosada mit Präsidentin Cristina Kirchner: die Ex-Geisel und ehemalige kolumbianische Präsidentschaftskandidatin Ingrid Betancourt und die Pop-Diva Madonna.

Die frisch geschiedene Madonna, die vor Jahren mit ihrer Rolle als "Evita" in Argentinien für Kritik und Wirbel sorgte, kam von Leibwächtern umringt zu einem Schwätzchen mit der Präsidentin zusammen. Über den Inhalt der Plauderei kam nichts an die Öffentlichkeit.

Drei-Mädel-Haus Casa Rosada: Ingrid, Cristina und Madonna.

Das Treffen mit der vor fünf Monaten befreiten FARC-Geisel Betancourt dagegen war äußerst herzlich und bewegend. Die Franco-Kolumbianerin dankte Cristina und Néstor Kirchner für deren Bemühungen um ihre Freilassung. "Ich habe deine Stimme (im Radio) gehört, als ich im Dschungel gefangen war", sagte Betancourt der sichtlich bewegten Präsidentin. Ex-Präsident Néstor Kirchner war vor einem Jahr zusammen mit dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez zu einer gescheiterten Freilassungsaktion in den kolumbianischen Dschungel gereist. Die Präsidentin führte eine Demonstration für die Freilassung der Geisel in Paris an.

Betancourt hat Lateinamerika zu einer gemeinsamen Anstrengung für eine "humanitäre Lösung" der Dauerkrise in ihrem Heimatland aufgerufen. Die Regierungen sollten sich zusammenschließen, um "in kurzer Zeit konkrete Ziele" wie die Freilassung aller noch etwa 700 Geiseln der marxistischen FARC-Rebellen zu erreichen, sagte die 46-Jährige nach dem Treffen in der Casa Rosada.

Zugleich versuchte Betancourt, den Geiseln Mut zu machen. "Weihnachten nähert sich, und ich kenne den Schmerz, der sich wie ein Pfeil in einen bohrt. Ich habe Gott gebeten, dass dies das letzte Weihnachten sei, dass sie in Gefangenschaft verbringen", sagte Betancourt. Am 2. Juli war sie mit Hilfe eines gewagten Täuschungsmanövers der kolumbianischen Streitkräfte befreit worden. "Der lateinamerikanische Kontinent wird sich für die Freiheit von ihnen allen einsetzen", fügte Betancourt hinzu.

Betancourt reist derzeit durch mehrere lateinamerikanische Staaten, um für einen gemeinsamen Einsatz bei der Bemühung um die Freilassung aller etwa 3000 Entführungsopfer in Kolumbien zu werben. Linke Rebellen, rechte Paramilitärs sowie unpolitische Verbrecherbanden fordern hohe Lösegelder für die Freilassung der Entführten.

Am Freitag vergangener Woche war Betancourt erstmals seit ihrer Befreiung wieder in ihre kolumbianische Heimat zurückgekehrt und von dort aus nach Ecuador und Argentinien gereist.

Stimmenrausch in Santiago del Estero

Zamora fährt überwältigenden Wahlsieg ein

Buenos Aires (AT/RTA) - Mit 85 Prozent der Stimmen bei 55 Prozent Wahlbeteiligung von 566.370 wahlberechtigten Bürgern/innen erreichte Gouverneur Gerardo Zamora am vergangenen Sonntag seine Wiederwahl in den allgemeinen Wahlen der Provinz Santiago del Estero. Ebenso wie Corrientes, war diese Provinz seinerzeit kommissarisch von der Nationalregierung interveniert worden, so dass Neuwahlen vor vier Jahren zu einem anderen Zeitpunkt als die allgemeinen nationalen Wahlen, jeweils alle zwei Jahre im Oktober, einberufen worden waren. Zamora darf 2012 nicht mehr kandidieren.

Der massive Wahlsieg hat alle bisherigen Rekorde gebrochen, weil die radikale UCR, zu der Gouverneur Zamora zählt, sich mit der Kirchner-Regierung in der sogenannten pluralistischen Konzertation verbündet und die Justizialistische Partei keinen Gouverneurskandidaten aufgestellt hatte. In der Praxis wählten Radikale und Justizialisten zusammen. Auch der Vizegouverneur Angel Nicolai ist Parteiradikaler.

Abgesehen vom Gouverneur und Vizegouverneur wurden 40 Abgeordnete, von denen die Partei Zamoras 35 Sitze gewann, und 89 Bürgermeister sowie deren Gemeinderäte gewählt. Hierfür meldeten sich 15 Parteien, von denen keine mehr als 6 Prozent der Stimmen erhielt.

Zamora führt seinen Wahlsieg auf die guten Beziehungen zur Kirch-

ner-Regierung zurück, mit der vor vier Jahren ein sogenanntes Protokoll der Historischen Reparation vereinbart wurde, als deren Folge die Nationalregierung zahlreiche Provinzbauten finanzierte. Das machte sich offensichtlich bezahlt. Zamora gehört zu den radikalen Gouverneuren der Sorte K, die wie seine Kollegen von Corrientes und Rio Negro der Konzertation treu blieben, während andere Gouverneure und Bürgermeister gemeinsame Sache mit Vizepräsident Julio Cobos machten und ausschieden. Zamora hat jedenfalls sein Wahlgeschäft gemacht.

Balestrini neuer PJ-Chef in der Provinz

Viele bonaerenser Gemeinden heiß umkämpft

Buenos Aires (AT/RTA) - In den parteiinternen Wahlen der Justizialisten in ihrer maßgebenden Provinz Buenos Aires siegte am vergangenen Sonntag Vizegouverneur Alberto Balestrini, vormals Bürgermeister der bevölkerungsreichsten Gemeinde La Matanza, ohne einen Gegner. Die Oppositionsliste von Daniel Basile, die auf Expräsident Eduardo Duhalde hört, wurde aus formellen Gründen nicht zugelassen. Balestrini ersetzt den Nationaldeputierten José María Díaz Bancalari an der Spitze der Partei in der Provinz. Rund eine halbe Million Parteijustizialisten waren für die Internwahl zugelassen. Mit Balestrini an der Spitze kann Néstor Kirchner, der den landesweiten Vorsitz des Parteivorstands innehat, auf die Organisation der Partei für die nächstjährigen Parlamentswahlen zählen, insbesondere in den strategischen Gemeinden unweit der Bundeshauptstadt. Die nationalen Parlamentswahlen werden maßgeblich von den Ergebnissen in der bevölkerungsreichsten Provinz Buenos Aires abhängen, wo die städtischen Gemeinden von La Plata im Süden und San Nicolás im Norden die meisten Einwohner und damit die Wähler aufweisen.

Anders als für die Wahl des Provinzvorstands unter Alberto Balestrini, die keine Gegner hatte, lieferten sich mehrere Gegner heiße Wahlkämpfe in 34 Gemeinden. In San Martín siegte Graciela Camaño, Gattin des einflussreichen Gastronomie-Gewerkschafters und Politikers Luis Barrionuevo, derzeit in Opposition zum Kirchner-Ehepaar. Sie besiegte den Metallgewerkschafter Osvaldo Lobato, der dem CGT-Generalsekretär Hugo Moyano nahesteht. Diese Gewerkschaftsfehde gewann somit Barrionuevo.

In San Miguel profilierte sich der frühere Bürgermeister, vormals Rebellenoberst Aldo Rico, der offenbar bei den nächsten Bürgermeisterwahlen dabei sein wird. Aldo Rico besiegte knapp den Bürgermeister Joaquín de la Torre mit der Unterstützung des Kirchner-Vertrauten Carlos Kunkel. Santiago Cafiero, Enkel des Altoperonisten Antonio Cafiero, besiegte in San Isidro Fernando Galmarini, Schwager des Kabinettschefs Sergio Massa. In Quilmes wurde Bürgermeister Francisco Gutiérrez der Sieger über José Luis Fiezzi, der auf Justizminister Aníbal Fernández hört, vormals Bürgermeister in der Gemeinde. In Pinamar heimste der abgesetzte Bürgermeister Roberto Porretti mit 75 Prozent der Stimmen einen haushohen Sieg gegenüber dem jetzigen Bürgermeister Rafael De Vito ein. Die Parteisiege werden im kommenden Jahr auf die Kandidaturen für Bürgermeister abfärben.

WOCHENÜBERSICHT

Schutzkabinen für Busfahrer

Transportsekretär Ricardo Jaime hat mit einem Beschluss die Einrichtung von Schutzkabinen in den 16.000 Omnibussen der Stadt Buenos Aires und Umgebung vorgeschrieben, zu welchem Zweck die Karrosseriefabrikanten binnen 30 Tagen entsprechende Vorschläge einreichen sollen. Die Kabinen sollen die Fahrer von den Passagieren trennen, aber die Fahrer sollen die Passagiere sehen und hören können, so dass die Kabinen duchsichtig und luftdurchlässig sein müssen. Gewerkschaftssprecher äußerten sich positiv zur Initiative, die die Fahrer vor Angriffen schützen soll. Verbandssprecher hingegen monierten, dass sie nicht gefragt wurden, müssen sie doch für die Kosten aufkommen.

Kirchner Senatskandidat?

Unlängst hatte die Lesart, dass Expräsident Néstor Kirchner sich in der Provins Buenos Aires als Listenerster bei den nationale Deputiertenwahlen aufstellen lassen würde, politisches Interesse geweckt, ehe sie dementiert wurde. Neu ist die Meldung der Zeitung "Clarín" vom vergangenen Montag, wonach Kirchner mit der Kandidatur für den Senat namens der gleichen Provinz liebäugelt. Kirchner ist als sogenannter Pinguin in der südpatagonischen Provinz Santa Cruz geboren, wo er auch sein Domizil in El Calafate hat. Sein Wohnort in der Präsidentenresidenz von Olivos qualifiziert ihn, als Kandidat der Provinz Buenos Aires aufzutreten. Die Meldung der Zeitung wurde indessen von Innenminister Florencio Randazzo und dem Deputierten Carlos Kunkel dementiert, der als politischer Sprecher des Expräsidenten agiert. In der Provinz Buenos Aires werden 2009 keine Senatoren gewählt wie in anderen acht Provinzen, aber Senator Eric Calcagno, der als Nachrücker für Cristina Kirchner in den Senat einzog, steht zur Disposition. Derzeit übt er ein Exekutivamt aus und ist als Senator beurlaubt. Er könnte jederzeit zurücktreten und die Wahl Kirchners ermöglichen.

Neue Radarkontrollen

Die Deputiertenkammer der Provinz Buenos Aires hat das Projekt gebilligt, durch das die Provinzregierung ermächtigt wird, 140 feste Radareinrichtungen an den Straßen einzurichten, die zur Küste führen. Später soll die Geschwindigkeitsüberwachung auch auf andere Straßen ausgedehnt werden. Zudem ist geplant, auch Polizeifahrzeuge mit Radar auszurüsten. Auf die Radarüberwachung wird mit Verkehrszeichen hingewiesen werden, so dass die Autofahrer wissen, dass an diesen Stellen die Geschwindigkeit überwacht wird. Die Provinzregierung erwartet, das Radarprogramm bereits im Januar zur Touristensaison einsetzen zu können.

Entlassungsverbot in Santa Fe

Zur Bekämpfung der Rezession mit zunehmender Arbeitslosigkeit ließ die Regierung der Provinz Santa Fe ein sogenannter Notstandsarbeitsgesetz, das allen Unternehmen als Arbeitgeber für 180 Tage verbietet, Personal grundlos zu entlassen. Sollten trotzdem Entlassungen vorgenommen werden, ohne vorher das vorgeschriebene Krisenverfahren im Arbeitsministerium zu beantragen, dann blühen gleichgroße Geldbußen wie die Entlassungsentschädigungen. Das Gesetz, das der Nationalverfassung und nationalen Arbeitsgesetzen widerspricht, wurde in der Vorwoche einstimmig, das heißt mit den Stimmen der Opposition, in beiden Kammern der Legislative verabschiedet. In Santa Fe regiert die Koalition der Sozialisten und Radikalen. Die Justizialisten sind Opposition. Das Entlassungsverbot war von der Gewerkschaftszentrale der Provinz gefordert worden.

600 Wissenschaftler heimgekehrt

Das Programm genannt Wurzeln (Spanisch "programa raíces") konnte bereits die Heimkehr von 600 Wissenschaftler aus dem Ausland ausweisen. Das Programm war 2003 vom Ministerium für Wissenschaft, Technologie und Innovation ins Leben gerufen worden. Argentinische Wissenschafter, die im Ausland tätig sind, können dank diesem Programm eine Heimkehrsubvention anfordern, die die Passage deckt und einen Betrag von 5000 Pesos für die Umsiedlungskosten bereit stellt. Sollte der Heimkehrer anfangs keine Stellung haben, wird sein Lebenslauf rund 3500 Unternehmen, Forschungsinstituten und Universitäten vermittelt. In fünf Jahren haben 600 Wissenschafter Gebrauch von diesem Programm gemacht.

Höherer Bildungsetat in der Hauptstadt

Bildungsminister Mariano Narodowski berichtete in der Legislative der Stadt Buenos Aires über den Etat für 2009, der von 3,2 Milliarden Pesos 2008 auf fast vier Milliarden 2009 um 22 Prozent zunimmt und alle Sparten des Erziehungsministeriums berücksichtigt. Für Kindergärten werden 1700 Freistellen ausgeschrieben. 19 Schulgebäude werden erneuert oder fertig gestellt werden. Für Sozialhilfen werden 300 Millionen Pesos aufgewendet werden, darunter Mittagessen, Stipendien und andere Sozialhilfen.

(AT/RTA)

Cobos als Landesvater

Vizepräsident Julio César Cleto Cobos ist seit Mitte Juli zum bekanntesten argentinischen Politiker geworden. Seine entscheidende Stimme im Patt des Senats über den umstrittenen Ministerialbeschluss Nr. 125, der bewegliche Exportzölle eingeführt hatte, verhalf ihm am 17. Juli zur landesweiten Berühmtheit. Seither suchen ihn allerlei Politiker und Verbandssprecher auf. Er wird dauernd eingeladen und empfängt seine Besucher ohne Aufwand. Dabei sind ihm als Vizepräsident alle Hände gebunden. Er kann nur den Senatstagungen vorsitzen und gegebenenfalls im Patt entscheiden. Das ist in der argentinischen parlamentarischen Geschichte denkbar selten vorgekommen. Cobos selber hatte sich in jener denkwürdigen Nacht um einen Aufschub der Sitzungen bemüht, damit ein Konsens erarbeitet werde und er nicht entscheiden müsse. Beide Fraktionsführer verweigerten ihm den Aufschub, so dass er gefordert wurde und erklärte, dass seine Stimme nicht positiv sei. Seither ist Cobos zum Intimfeind der Kirchners avanciert.

Zum ersten Mal stellte sich Cobos am Dienstagabend der Vorwoche einem einstündigen Fernsehgespräch mit Marcelo Longobardi. Dort präsentierte er sich als Mann des Ausgleichs und des Konsenses und zeigte überhaupt keine aggressiven Allüren. Longobardi stellte ihm Fragen, die sich auf die Einstellung des Ehepaars Kirchner ihm gegenüber bezogen, doch er antwortete ohne Aggressionen. Dass er beispielsweise ein Veto gegen das Gesetz über die Konfiskation der privaten Pensionskassen einlegen würde, wie es ihm unterstellt worden war, lehnte er entrüstet ab. Das Parlament habe mit diesem Gesetz gesprochen und das müsse so bleiben. Offenbar hatte Präsidentin Kirchner, damals auf Reisen in Nordafrika, die Anweisung erteilt, ihm das Gesetz nicht vorzulegen und hierfür auf ihre Rückkehr zu warten, was sich als überflüssig herausstellte.

Die Kirchners kujionieren Cobos, wo sie können. Zwei Mal wurde er auf Anweisung der Exekutive ausgeladen, zuerst in Bolivien und dann auf einer Militärzeremonie. Er darf nicht mehr mit Regierungsflugzeugen reisen und wird auf offiziellen Zeremonien nicht mehr eingeladen wie vorher, beispielsweise bei der Vereidigung von Ministern. Die Kirchners und ihre Gefolgsleute erwarten, dass Cobos freiwillig demissioniert, was er unterlassen wird, wie er öffentlich erklärte. Ein Absetzungsprozess im Senat bedarf einer Zweidrittelmehrheit, die nicht machbar erscheint, zumal es keinen triftigen Grund hierfür gibt. Der Ärger der Kirchners mit ihm reicht nicht für eine Absetzung. Eine freiwillige Volksbefragung, wie sie die Verfassungsnovelle von 1994 vorsieht, ist ebenfalls abwegig. Cobos hat sie dementiert, nachdem offenbar seine Gefolgsleute die Lesart verbreiteten. Bis zum 10. Dezember 2011 gedenkt Cobos seine Amtszeit im Senat abzusitzen. Néstor Kirchner gab öffentlich zu, dass ihm seine Gattin allmorgendlich vorhalte, Cobos als Vizepräsidenten nominiert zu haben.

Politisch sicherlich bemerkenswert ist die Tatsache, dass sich das positive Image von Cobos seit Mitte Juli um über 60 Prozent der Befragten hält, während die Kirchners nur auf weniger als die Hälfte kommen, nachdem sie vor dem überflüssigen Streit mit den Landwirten mehr als 50 Prozent auswiesen. Sein Auftritt im Fernsehen hat zudem sein Image als gütiger Landesvater gefestigt, der auf Aggressionen verzichtet und den Ausgleich sucht, genau das Gegenteil des Ehepaars Kirchner, insbesondere des Expräsidenten Néstor Kirchner, der seine Politik auf konkrete Feindschaften aufbaut: Kirche, Militär, Währungsfonds, Präsident Bush, Oligarchie und neuerdings Cobos sind einige der Feindbilder, die Kirchner benützt, um aktive Politik zu gestalten. Seine Gattin ist weniger aggressiv, spricht aber auch Feindbilder an, wenn sie ihre häufigen Reden hält. Cobos verzichtet auf Aggressionen, womit er beim Volk offenbar ankommt. Das zeugt von einer deutlichen Gewaltmüdigkeit im Volk, das Aggressionen nicht wünscht, Piqueteros und andere Gewalttätige verabscheut und allgemein für einen Politiker wie Cobos empfänglich ist.

Das politische Kapital, das Cobos in wenigen Monaten aufgebaut hat, zielt bereits auf seine mögliche Kandidatur für die Präsidentschaft im Jahr 2011. Expräsident Raúl Alfonsín hat als Vollblutpolitiker gehandelt, als er Cobos zur Rückkehr in die radikale UCR aufgefordert hat, aus der ihn die jetzige Führungsriege unter Senator Gerardo Morales ausgeschlossen hat, nachdem er Kandidat für die Vizepräsidentschaft mit Cristina Kirchner geworden war. Inzwischen ist diese politische Allianz der Radikalen der Sorte K mit Kirchner zersplittert, so dass Cobos freie Hand hat, sich um seine politische Zukunft zu kümmern.

Ohne den Rückhalt der Kirchners hat Cobos eine neue Partei, genannt Föderaler Konsens ("nomen est omen") aufgebaut, will 2009 mit eigenen Kandidaten zur Wahl gehen und danach den Weg zur Präsidentschaftskandidatur einschlagen. Bisher ist kein Konkurrent aufgetaucht, der sich ähnlich wie Cobos als Landesvater gebärdet und Zuspruch findet. Bis Ende 2011 ist freilich noch ein langer Weg zurückzulegen, für den es Mut, Ausdauer und Geschick bedarf, um nicht unterzugehen.

Deutsche Touristin vergewaltigt

Buenos Aires (AT) - Eine 24-jährige deutsche Touristin ist am Samstag vor zwei Wochen in Mendoza überfallen und anschließend auf offener Straße vergewaltigt worden. Das meldete die Zeitung "La Nación". Die junge Frau wollte an einem Geldautomaten in unmittelbarer Nähe ihres Hotels Geld abheben, als zwei Jugendliche sie überfielen, ausraubten und vergewaltigten. Obwohl sie um Hilfe schrie und mehrere Autofahrer am Tatort vorbeifuhren, kam der Frau niemand zu Hilfe.

Nach der Tat erhob die 24-Jährige Medienberichten zufolge schwere Vorwürfe gegen die Behörden. Ein staatliches Krankenhaus habe sie nicht behandeln wollen, als sie eine private Klinik aufsuchte, habe man erst eine beträchtliche Summe Geld von ihr gefordert, heißt es weiter. Das Gewaltopfer weigerte sich und musste mit dem Taxi in ein drittes Krankenhaus fahren. Dort kümmerte man sich vier Stunden nach der Tat endlich um sie.

Während der zuständige Gesundheitsminister von ordnungsgemäßem Verhalten in den Krankenhäusern sprach, setzten sich Diplomaten und der Minister für Sicherheit für eine eingehende Untersuchung des Falles ein.

Von den Tätern fehlt bislang jede Spur.

Randglossen

Die längst wegen notorischer Unfähigkeit und korrupten Machenschaften kritisierte Umweltsekretärin Romina Picolotti wurde überraschenderweise von der Präsidentin Cristina Kirchner entlassen. Picolotti hatte mehrere hundert Verwandte und Freunde als Beamte ernannt, ging dauernd auf Reisen, verzettelte ihre Aufgaben, anstatt sich auf das ungelöste Umweltproblem des Riachuelo zu konzentrieren, dessen zähflüssiges Wasser nach wie vor verheerend stinkt. Der Rindermist des Schlachthofs von Liniers wird ungestört in den Riachuelo abgelassen. Tausende Industriebetriebe verseuchen den Fluss. Der Oberste Gerichtshof droht mit Bußen, aber nichts passiert. Es war höchste Zeit, dass Picolotti abgesetzt wurde. Endlich.

Zwei bisher treue Alliierte des Ex-präsidenten Néstor Kirchner verlassen das gemeinsame politische Boot. Jorge Ceballos, Unterstaatssekretär, und Humberto Tumini, verurteilter und begnadigter ERP-Terrorist und derzeit ausgerechnet für Menschenrechte verantwortlich, traten zurück. Die von ihnen geführte Organisation, genannt "Libres del Sud", wird sich künftig nicht mehr an regierungsfreundlichen Kundgebungen sogenannter Piqueteros beteiligen. Ihr Austritt aus der K-Allianz beruht darauf, dass Kirchner als Vorsitzender der Justizialistischen Partei sich auf diese stützt und seine linkslastigen Alliierten angeblich nicht mehr berücksichtigt. Offenbar verheißt die Partei mehr Stimmen als die gewalttätigen Piqueteros, die von der Bevölkerung abgelehnt werden. Wo Stimmen blühen, erkaltet die Liebe.

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Uschi Wrang de Facorro, am 30.11.und **Teresa Ana Silberstein „Resi" geb. Mauerer**.

AUSFLÜGE UND REISEN

Zunehmende Biervielfalt in Argentinien

Im Argentinien der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als allenthalben Ackerbaukolonien und Ortschaften aus dem Boden zu schießen begannen, pflegte jede Stadt, die etwas auf sich hielt, eine Brauerei zu besitzen. Damals war es noch nicht möglich, Bier über große Distanzen zu transportieren noch zu pasteurisieren, um es über längere Zeit zu lagern. Hausgemachtes hieß die Devise.

Vornehmlich Deutsche, Franzosen und Elsässer, aber gelegentlich auch Tschechen und andere Mitteleuropäer brachten die Braukunst mit in die neue Heimat. Bald gab es in Argentinien Hunderte von Brauereien, die allerdings im Lauf der Zeit von großen Konzernen aufgekauft wurden, so dass schließlich nur noch eine Handvoll verschiedener Marken überlebten - zwar ausnahmslos ausgezeichneter Qualität, die jedoch dem Wunsch des Publikums nach größerer Geschmacksvielfalt nicht genügten.

Diese Polarisierung begann vor etwa einem Vierteljahrhundert zu bröckeln, als es zunehmend mehr in Mode kam, dass Privatbrauer mit häuslichen Methoden kunsthandwerkliches Gerstengebräu zu verarbeiten begannen.

Bier hatte in Argentinien von je einen hohen Stellenwert als Schankgetränk, da es bei uns vornehmlich als Erfrischung und short drink serviert wird. Deshalb ist auch die Schanktemperatur hierzulande viel niedriger als anderswo, wo Bier als long drink und lufttemperiert genossen wird. Die strenge Temperaturskala zwischen 4 und 8 Grad Celsius, die in Deutschland vorgeschrieben ist, damit zwischen sechs bis sieben Grad das Gebräu noch erfrischend wirkt, aber bereits all sein Aroma freigibt, wird in Argentinien durch ein kaltes Getränk, in eisgekühlten Gläsern abgefüllt, ersetzt.

Brauinstallation MAkBier in Villa General Belgrano.

Die argentinischen cervezas artesanales haben in letzter Zeit zunehmend an Boden gewonnen. Kleine, private Brauer entwickelten recht süffige Biersorten in allen möglichen Geschmacks- und Farbrichtungen, zumeist in kleinen Flaschen abgefüllt. Sie bieten das Gerstenbräu über Schwemmen oder Biergärten an und haben damit einen erstaunlichen Erfolg. Für den Wirt steckt zumeist eine üppigere Gewinnmarge drin als bei den gängigen Großmarken - abgesehen von der schlau bemessenen hohen Schaumkrone.

Das führt dazu, dass hier und da echte Bierlokale wieder aufkommen, wie sie früher, wie etwa Adam, Zur Post, Guillermina usw. stadtbekannt waren. Wie etwa das vom jungen deutschstämmigen Gustav Englert unter dem bei uns befremdlich wirkenden Namen Untertuerkheim in der Humberto 1º Ecke Tacuarí aufgemachte Lokal mit „70 verschiedenen Biersorten“.

Normalerweise besitzen diese Biertypen den bei Schankbieren üblichen Alkoholgehalt zwischen 4,5 und 6 Prozent Ethyl. Freilich sind sie meist weit entfernt vom bayerischen Reinheitsgebot, das für Bier ausschließlich Gerste, Hopfen und Wasser vorschreibt.

Die Kleinbrauereien, die dieses aus verzuckerter Stärke und ohne Destilationsverfahren in Privatregie gewonnene Getränk anrühren, sind oft modernst installierte Braubetriebe, die vor lauter rostfreiem Stahl nur so blitzen und funkeln.

Die spanische Bezeichnung Cerveza stammt übrigens aus dem Lateinischen Cervisia, weil bei den Römern die Göttin der Feldfrüchte Ceres hieß. Das im Deutschen übliche Wort Bier hingegen stammt, ungesichert, möglicherweise aus dem Lateinischen bibere - trinken.

Wohl bekomms!

Marlú

Vor dem Gärprozess.

Neuer Impuls für die Kultur

Die Stadt Buenos Aires hat ihr Mäzenengesetz

Buenos Aires (AT/SF) - Noch vor der argentinischen Nation hat die Stadt Buenos Aires ihr Mäzenengesetz. Das gaben Stadtregierungschef Mauricio Macri, der Kulturminister der Stadt, Hernán Lombardi, und Kabinettschef Horacio Rodríguez Larreta am Freitag vergangener Woche im Cronopios-Saal des Centro Cultural Recoleta bekannt. Das neue “Ley de Mecenazgo”, Nr. 2.264, verheißt Steuererleichterungen für diejenigen Firmen oder Privatpersonen, welche kulturelle Projekte fördern, die nicht gewinnorientiert sind. Darunter fallen u.a. Theater, Zirkus, Murgas, bildende Künste, Design, Musik, Literatur, Kunsthandwerk, Kulturerbe und Medien (Zeitschriften, TV, Radio, Online-Publikationen etc.).

Kulturminister Lombardi erhofft sich von dem Gesetz einen neuen Impuls für das Kulturleben der Stadt und rechnet damit, dass im Jahr 2009 bis zu 75 Millionen Pesos für die Kulturförderung fließen werden. Der Stadtkulturchef stellte auch klar, dass diejenigen Firmen, die sich wie wahre Mäzene verhalten und ihr eigenes Image hinter dem Projekt zurückstellen, das sie fördern, bis zu 100 % der Gelder von der Steuer absetzen können, während solche, die ihren Namen eng mit dem Förderprojekt verbinden, nur zu 50 % Nutzen ziehen dürfen.

Die Handhabung des Gesetzes soll strengen Regeln der Transparenz unterworfen sein. Möglichkeiten zur Steuerhinterziehung soll gleich zu Beginn ein Riegel vorgeschoben werden. Und nur diejenigen, die pünktlich ihre Steuern zahlen, dürfen überhaupt Nutznießer des Mäzenengesetzes werden.

Wer das Gesetz in Anspruch nehmen will, muss zunächst beim “Consejo de Promoción Cultural” der Stadtregierung eine Anfrage einreichen, in der das zu fördernde Projekt beschrieben und die Höhe der Gelder angegeben wird. Wenn der Rat, der aus neun Personen besteht - sechs Beamte und drei Künstler, die einem Rotationssystem unterworfen sind, so dass jedes Genre zu Wort kommt -, das Projekt bewilligt und der Kulturminister es abgesegnet hat, eröffnet der Antragsteller ein Konto bei Banco Ciudad und zahlt dort die gesamte Fördersumme ein. Der Einzahlungsschein dient dann als Beleg für den Antrag auf Steuererleichterung.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:
www.allesdeutsch.com.ar
...für alle, die es deutsch mögen.

Flyer Lufthansa City Center
(Zona Norte)
Leg. 213 Res.04447
Av. Fondo de la Legua 425
(B1609JEE) San Isidro
Tel.: (54 11) 4512-8100
E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

Rückläufige Steuereinnahmen

Die gesamten Steuereinnahmen des Nationalstaates, einschliesslich Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren, lagen im November 2008 mit $ 21,65 Mrd. um 10,8% unter Oktober, jedoch um 17,6% über November 2007. In 11 Monaten waren die Einnahmen um 36,4% höher als im Vorjahr, so dass im November eine abrupte Tendenzwende eingesetzt hat, in der der Umschwung von einer aufstrebenden in eine rückläufige Konjunktur klar zum Ausdruck kommt. Im Einzelnen war die Entwicklung wie folgt:

Die MwSt. lag im November mit $ 6,79 Mrd. um 15,7% über dem Vorjahr und 5,8% unter Oktober. Dabei sind die Einnahmen beim Steueramt um 24,5% gegenüber dem Vorjahr und 4,6% gegenüber dem Vormonat gestiegen, während die vom Steueramt einbehaltene Steuer im Vorjahresvergleich um 2,1% und im Vormonatsvergleich um 16,7% niedriger war. Dies weist auf geringere Importe hin. Dennoch ergaben die Importzölle $ 0,78 Mrd., um 5% mehr als im Vorjahr und nur um 8,1% weniger als im Vormonat.

Die Gewinnsteuer ergab im November $ 4,18 Mrd., um 12,7% mehr als im Vorjahr und um 10,8% weniger als im Vormonat. In 11 Monaten lag der Erlös dieser Steuer noch um 25,4% über dem Vorjahr.

Die Exportzölle ergaben $ 2,20 Mrd., um 0,1% weniger als im Vorjahr und um ganze 41,5% weniger als im Oktober. Der starke Preisrückgang der wichtigsten Exportcommodities hat mit aller Wucht auf die Staatseinnahmen niedergeschlagen. In 11 Monaten lagen diese Einnahmen noch um 89,7% über dem Vorjahr.

Die Steuer auf Bewegungen von Giro- und Spardepositen ergab $ 1,71 Mrd., um 13,4% mehr als im Vorjahr und um 2,3% weniger als Oktober.

Die persönlichen Beiträge zum staatlichen Pensionierungssystem lagen mit $ 2,15 Mrd. um 68,1% über dem Vorjahr und um 5,1% über dem Vormonat. Die Unternehmerbeiträge ergaben im November $ 3,15 Mrd., um 55,3% mehr als im Vorjahr und um 11,8% mehr als im Oktober. Die Beiträge zum privaten System (die bei den Fiskaleinnahmen nicht addiert werden) betrugen im November $ 1,04 Mrd., um 47% über dem Vorjahr und um 0,3% über dem Vormonat. Diese Einnahmen kommen ab Dezember zu denen des staatlichen Systems hinzu. Die hohen Zunahmeraten gegenüber dem Vorjahr, die bei den Sozialabgaben eintraten, sind auf Lohn- und Gehaltserhöhungen, sowie eine Zunahme der legalen Beschäftigung und schliesslich auch auf das Moratorium für die 1,5 Mio. Personen zurückzuführen, die ihre Beiträge nicht oder nur teilweise gezahlt haben, jedoch 2007 und 2008 eine Mindestpension erhalten haben und einen bestimmten Betrag in Raten abzahlen, der von der Pension abgezogen wird. Somit zahlt die Staatskasse (ANSeS) diese Zunahme der Einnahmen selber.

Von des gesamten Einnahmen entfielen $ 10,67 Mrd. (49,3%) auf den Nationalstaat, $ 4,67 Mrd. (21,6%) auf das System der Sozialen Sicherheit, $ 5,53 Mrd. (25,5%) an die Provinzen und die Stadt Buenos Aires, und $ 0,78 Mrd. (3,6%) auf nicht budgetäre Ausgaben. Der Anteil des Nationalstaates ist gegenüber dem Vorjahr nur um 7,4% gestiegen, der des Systems der sozialen Sicherheit um 60,6%, der der Provinzen um 13,7% und der nicht budgetären Ausgaben um 11,8%. Der Nationalstaat zahlt jedoch mit der eigenen Kasse Zuwendungen an die Provinzen, besonders für öffentliche Investitionen. Dabei werden befreundete Gouverneure begünstigt und oppositionelle kaum berücksichtigt.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der Dollarkurs schloss am Donnerstag zu $ 3,45, mit einer Zunahme von 2,37% in einer Woche und von 8,83% ab Ende 2007. Der Rofex-Terminkurs lag zum 31.3.09 bei $ 3,63, zum 30.6.09 bei $ 3,78, zum 30.9.09 bei $ 3,845, zum 30.12.09 bei $ 4 und zum 31.3.10 bei $ 4,07.

***

Der Merval-Aktienindex der Börse von Buenos Aires verzeichnet zum Donnerstag eine Zunahme gegenüber der Vorwoche von 2,64% und einer Abnahme seit Ende 2007 von 53,63%.

***

Die verschiedenen Staatspapiere verzeichnen in einer Woche zum Donnerstag eine unterschiedliche Entwicklung. Par-Bonds in Pesos stiegen um 6,85%, lagen jedoch um 59,68% unter Ende 2007; Discount-Bonds in Pesos stiegen in einer Woche um 8,96% und lagen um 55,07% unter Ende 2007; Boden 2014 gingen in der Woche um 2,86% zurück (gegen Dezember um 63,70%), Boden 2012 sanken um 1,20% (-40,58%), und Boden 2013 fielen um 4,33% (-41,63%).

***

Die Währungsreserven der ZB betrugen zum 21.11.08 u$s 46,06 Mrd., um 0,55% über der Vorwoche, 1,53% weniger als vor 30 Tagen und 0,25% unter Ende 2007. Der Notenumlauf betrug $ 72,99 Mrd., um 1,74% unter der Vorwoche und um 2,43% unter Ende 2007.

***

Die gesamten Depositen des Bankensystems lagen um 21.11.08 mit $ 216,51 Mrd. um 0,22% höher als vor einer Woche und um 13,11% über Ende 2007. Im Laufe des Jahres nahmen Girodepositen um 27,08% zu, Spardepositen um 8,55% ab und Fristdepositen um 29,03% zu.

***

Vordatierte Schecks auf 30 Tage wurden an der Börse von Buenos Aires am Donnerstag zu 18,41% diskontiert (Vorwoche: 14,72%), auf 60 Tage zu 21,02% (20,72%), auf 90 Tage zu 24,22% (24,44%), auf 120 Tage zu 25,94%, auf 180 Tage zu 30,46% (32,65%). Der Umsatz an vordatierten Schecks ging im November gegenüber Oktober um 15,7% zurück, wobei die Zahl der gehandelten Schecks jedoch um 7,5% stieg.

***

Gold wurde in Buenos Airtes (Banco Ciudad) bei 18 Karat zu $ 54,40 je Gramm gehandelt (Vorwoche: $ 56,58), bei 24 Karat zu $ 92,40 ($95,60).

***

IMPSA (Industrias Metalúrgicas Pescarmona), mit Fabrik in Mendoza, war der einzige Bieter bei einer Ausschreibung über einen Windanlagen für Erzeugung von elektrischem Strom, dessen Kosten auf $ 230 Mio. veranschlagt wurden. IMPSA bot $ 232,55 Mio., bei einer Bauzeit von 21 Monaten.

***

Minera TEA, die sich der Kalkerzeugung in San Juan widmet, hat einen neuen Ofen für $ 40 Mio. in Betrieb genommen, der zu den schon bestehenden 14 hinzukommt.

***

Das Hotel Intercontinental hat u$s 4 Mio. in die Erneuerung der Zimmer und der Anlagen investiert. Diese Hotelkette zählt mit 3.300 Hotels in fast hundert Ländern.

***

Der Index der Bautätigkeit des Statistischen Amtes (INDEC) weist für Oktober eine interanuelle Zunahme von 0,3% und gegenüber September 2008 eine Abnahme von 1,4% aus. Die ersten 10 Monate 2008 liegen um 6,9% über dem Vorjahr.

***

Ende der Vorwoche hat die Regierung eine Erhöhung des Gaspreises für Unternehmen und Haushalte verfügt, durch die jährlich $ 1,4 Mrd. an Subventionen gespart werden sollen. Die Zunahme erfasst 2,4 Mio. Haushalte mit einem Konsum von über 1.001 cbm jährlich, während 4,1 Mio, die einen geringen Konsum aufweisen, ausgenommen werden. Für 310.497 Unternehmen gibt es keine Erhöhung, so dass nur 4.688 (1,5%) erfasst werden. Bei den Haushalten bestehen unterschiedliche Zulagen je nach Kategorie. Für die niedrigste beträgt die Zunahme 18%, für die zweitniedrigste 44%, für die drittniedrigste 84% und für die höchste 184%. Wärmekraftwerke und Pressgas (GNC) sind von der Zunahme ausgeschlossen.

***

Die Zeitung "Clarín" berichtet am letzten Sonntag, dass durch das Steuermoratorium (wenn das Projekt vom Kongress ohne Änderungen genehmigt wird), 3.638 Strafprozesse hinfällig werden. Die AFIP hat 2006 1.432 Gerichtsverfahren eingeleitet, bei denen sie insgesamt $ 692 Mio. an Steuern, Zinsen und Bussen fordert. 2007 waren es 1.367 Klagen für $ 909 Mio. und 2008 839 Klagen für $ 539 Mio. In vielen Fällen handelt es sich um Hinterziehung, die wegen ihrer Art und Grösse mit Gefägnishaft bestraft wird. In anderen Fällen werden die Forderungen der AFIP beanstandet.

***

Der Index über Konsum von öffentlichen Diensten des Statistischen Amtes (INDEC) lag im Oktober um 6,2% über dem gleichen Vorjahresmonat. Die ersten 10 Monate liegen um 12,4% über dem Vorjahr, so dass im Oktober eine abnehmende Tendenz bestand. Die Telefonie expandierte dank der Mobiltelefone im Oktober im interanuellen Vergleich um 24,5%. Dabei nahmen jedoch die Anrufe über fixe Telefone im Vergleich zum Vorjahr bei städtischen Gesprächen um 3,7% ab und bei Gesprächen zwischen Städten und Dörfern um 10,3% zu. Der Konsum von Strom, Gas und Wasser lag um 0,2% über dem Vorjahr. Beim städtischen Personentransport fand eine ausgeprägte Verlagerung der Passagiere vom Omnibus (minus 10%) auf die U-Bahn (plus 7,4%) und die Vororteisenbahnen (plus 8,3%) statt. Die Frachten nahmen in Tonnen in 12 Monaten zum Oktober um 29,4% ab, wobei die Abnahme bei der Eisenbahn nur 1% betrug, bei der Luftfracht hingegen 69,3%.

***

Die Regenfälle von 150 bis 200 mm vom letzten Wochenende, die den grössten Teil der Landes nördlich von Patagonien umfasst haben, haben Landwirte angeregt, weiter Sojabohne anzubauen, was vorher wegen der Dürre nicht möglich war. Der Regen hat sich auch günstig auf die Entwicklung von Mais, Sonnenblume u.a. Kulturen ausgewirkt.

***

Der Einzelhandelsverband CAME (Confederación Argentina de la Mediana Empresa) teilt mit,

dass die Umfrage unter den Mitgliedern für November einen Umsatzrückgang von 17,5% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat ergeben hat. Bei Schuhen, Bekleidung und Immobilien wurden Rückgänge von etwa 35% gemeldet. Die grossen Verkaufsketten haben in einigen Fällen Rabatte von über 20% gewährt, was schädlich für die kleineren Geschäfte war.

***

Das Innenministerium hat mit dem Beistand der UNO (über das Projekt UNOPS) die Initiative ergriffen, um Maschinen zu kaufen, mit denen neue Personalausweise (DNI, documento nacional de identidad) ausgestellt werden sollen. Die Investition wurde auf $ 12 bis $ 13 Mio. veranschlagt. Ab März sollen die neuen Dokumente ausgestellt werden. Von den zehn möglichen Lieferanten, die Lastenhefte gekauft haben, verbleiben jetzt drei: Proyectos de Informática S.A., Megatrans S.A. und die staatliche Münzanstalt (Casa de Moneda). Wie verlautet, sollen die neuen Ausweise aus einer Kunstoffkarte (wie die "Cédula de Identidad") bestehen, die sich im Prinzip nicht fälschen lässt, in die alle Daten elektronisch eingetragen werden. Der Tarif für das DNI soll auf dem gegenwärtigen Stand von $ 25 verbleiben.

***

Landwirtschaftssekretär Carlos Cheppi bestätigte, dass die Regierung nicht vorhabe, die Exportzölle zu senken. Statt dessen würden andere Massnahmen erwogen, um der Landwirtschaft zu helfen, u.a. eine Änderung des Subventionsystems (für Rindermästung, Weizenmühlen u.a.)

***

Landwirtschaftssekretär Cheppi setzte am Montag das Programm "Valorar" in Kraft, das in Krediten von insgesamt $ 50 Mio. für Industrien besteht, die landwirtschaftliche Produkte verarbeiten und auf diese Weise einen Zusatzwert schaffen. Das soll auch zur Diversifizierung der Exporte, zur Schaffung origineller Nahrungsmittel und zur Förderung der regionalen Wirtschaften beitragen.

***

Wie die Consulting-Firma abeceb (geleitete von Dante Sica) berichtet, ist das Defizit im bilateralen Handel mit Brasilien im November gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 18% und gegenüber Oktober um 5% auf u$s 205 Mio. gefallen. Bis November betrug das monatliche Defizit durchschnittlich u$s 405 Mio. Die Importe aus Brasilien lagen im November mit u$s 1,23 Mrd. um 8,1% unter November 2007 und um 24.4% unter Oktober 2008. Die Exporte nach Brasilien lagen im November mit u$s 1,03 Mrd. um 6% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 30% unter Oktober. Der Exportrückgang ist auf geringere Exporte von Erdölprodukten und auf niedrigere Commodity-Preise zurückzuführen. Die bilaterale Handelsbilanz ist jetzt schon während 66 Monaten passiv für Argentinien.

***

Emgasud, das Energieunternehmen von Alejandro Ivanissevich (der den Kirchners nahe steht), hat von AEI eine Beteiligung an TGS erworben, die die Gasleitung von Buenos Aires nach Süden betreibt. Gleichzeitig steigt Ashmore Energy International (AEI) in Emgasud ein. AEI gehört dem US-Investmentfonds Ashmore, der entwertete Aktiven von Unternehmen in Schwellenländern gekauft hat. In Argentinien hatte AEI 30% von GASA gekauft, die MetroGas kontrolliert, und ebenfalls 30% der Schuld von CIESA, die TGS kontrolliert. 50% von CIESA gehört Petrobras; der Rest gehörte ursprünglich der US-Firma Enron, und wurde nachher auf die Gläubiger verteilt, darunter AEI.

***

Gemäss einer Berechnung der Consulting-Firma M&S (Melconian und Santángelo) betrug die Kapitalflucht im November u$s 1,5 Mrd., gegen u$s 4,7 Mrd. im Oktober. Die ZB konnte zwischen u$s 600 und u$s 700 Mio. auf dem Markt kaufen, nachdem sie im September und Oktober u$s 3,6 Mrd. verkaufen musste. Für ganz 2008 wird mit einer Kapitalflucht von u$s 22 bis u$s 24 Mrd. gerechnet, ähnlich wie 2001.

***

Die Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO) hat ein Programm zur Finanzierung von 11.000 kleinen und mittleren Unternehmen über den Kauf vordatierter Schecks eingeleitet, die von einer Gesellschaft für gegenseitige Garantie (SGR, Sociedad de Garantía Recíproca) gesichert worden sind.

***

Eine Umfrage der Zeitung "El Cronista" bei den Firmen Fravega, Garbarino und Ribeiro hat ergeben, dass im November wegen der Hitzewelle 80% mehr Lufkühlapparate als im gleichen Vorjahresmonat verkauft wurden.

***

Der Konzern "Consorcio Argentina", der die Unternehmen Naviera Sud Petrolera S.A. und Nacional Shipping S.A. bilden, hat ein Schiff für Transport von Erdöl und Erdölprodukten ("Argentina V") in Betrieb genommen, die eine Investition von u$s 4,2 Mio. darstellt und eine Kapazität von 5.000 cbm hat. Ausserdem wurdenzwei Schlepper erneuert, und nächstes Jahr wird ein neuer Schlepper, der ganz in Argentinien gebaut wurde, in Betrieb genommen. Die drei Schlepper haben eine Investition von u$s 12 Mio. erfordert. Consorcio Argentina hat mit YPF ein Abkommen unterzeichnet, durch das er dem Erdölunternehmen bis 2013 sechs Schiffe bereitstellt. Bis März 2009 sollen insgesamt über u$s 20 Mio. für diesen Zweck investiert werden.

***

Die Knoblauchproduzenten stehen vor dem Problem, dass die Auslandsnachfrage für ihr Produkt versiegt ist. Den Knoblauch zu ernten würde sie um die u$s 1.000 zusätzlich pro Hektar kosten. Die Alternative besteht darin, einfach nicht zu ernten und die Kosten der Anpflanzung als Verlust zu buchen. Knoblauch wird auf 15.000 Ha angepflanzt, vorwiegend in Mendoza, aber auch im Süden von Buenos Aires und Córdoba. Die Produktion liegt bei etwa 95.000 Jato.

***

Planungsminister Julio de Vido warnte den US-Botschafter Earl Anthony Wayne, dass schwere finanzielle Unregelmässigkeiten bei Edelap festgestellt worden seien, die der US-Firma AES gehört, die sie von der Techint-Gruppe (dem ursprünglichen Konzessionär) übernommen hat. Edelap betreibt die Stromverteilung südlich von Gross Buenos Aires und in La Plata. Hinter dieser Warnung wird ein weiterer Übernahmeversuch durch lokale Unternehmen vermutet, die den Kirchners nahestehen.

***

Das Unternehmen, dass die Wirtschaftszeitung "Ambito Financiero" herausgibt, hat das Mehrheitspaket der englischsprachigen Zeitung "The Buenos Aires Herald" gekauft. "Ambito Financiero" ist vor

Gezielte Kredite für $ 13,2 Mrd.

Präsidentin Cristina Kirchner kündigte am Donnerstag ein Kreditprogramm von $ 13,5 Mrd. an, mit dem die Wirtschaft angetrieben und vor einer Rezession bewahrt werden soll. Von diesem Betrag bestehen $ 7,5 Mrd. aus Fristdepositen bei Banken des Rentenverwaltungsamtes ANSeS, die sie von den privaten Kassen übernommen hat, $ 2,7 Mrd. in weiteren Fristanlagen in der Banco Nación und $ 3 Mrd. in Lebac-Wechseln, die das ANSeS hält. Wenn jetzt über diesen Betrag effektiv verfügt werden soll, dann sinken zunächst die Bankdepositen, was die normale Kreditfähigkeit der Banken beeinträchtigt. Ebenfalls wird der Verkauf der Lebac die Preise dieser Papiere senken und flüssige Mittel der Banken u.a. aufsaugen.

Die neuen Kredite werden über einen Treuhandfonds erteilt, so dass die Mindestreserven entfallen, die bei Bankdepositen bestehen. Wenn somit Depositen abgehoben und diesen Treuhandfonds zugeführt werden, so wird ein höherer Betrag für Kredite zur Verfügung stehen. Die Mittel werden den Banken über Ausschreibungen zugeteilt, die am 14. Dezember beginnen sollen. Die Bedingungen der Ausschreibungen wurden noch nicht bekanntgegeben, doch geht es dabei im Wesen um den gebotenen Zinssatz. Die Kredite sollen im Prinzip bei Haushaltsgeräten auf 12 Monate und bei Kfz auf bis zu 48 Monate laufen. Die Unternehmen, die Produkte innerhalb dieses Systems verkaufen, müssen sich verpflichten, keine Entlassungen vorzunehmen.

Vom Gesamtbetrag sollen $ 3,5 Mrd. für die Finanzierung von elektrischen Haushaltsgeräten (besonders Eisschränke und Waschmaschinen) bestimmt werden, bei einem Höchstbetrag von $ 5.000 für jeden Antragssteller. $ 3,1 Mrd. sind für die Finanzierung von neuen (kleinen) Automobilen bestimmt, $ 650 Mio. für Lastwagen und Kleinlaster, $ 1,7 Mrd. für Vorfinanzierung von Exporten und Arbeitskapital von landwirtschaftlichen Unternehmen und $ 1,25 Mrd. für gleiche Zwecke der Industrie. Die Einzelheiten dieser Kredite wurden nicht bekanntgegeben.

Abgesehen von diesen Kreditmassnahmen wurden die Exportzölle bei Weizen und Mais um 5 Punkte auf 23%, bzw. 20% gesenkt. Das soll die Staatskasse im Jahr $ 500 Mio. kosten. Sojabohne (mit einem Exportzoll von 35%) wurde nicht erwähnt. Bei dem starken Rückgang der Weltmarktpreise für Getreide und Ölsaaten und einem real zurückgebliebenen Wechselkurs, sind die Exportsteuern sehr hoch, so dass die Produktion nicht angespornt, sondern eher behindert wird. Das wirkt sich viel stärker auf die Konjunktur aus, als alles andere, was die Präsidentin angekündigt hat.

Diese Massnahmen sind übler Dirigismus, und im Grunde reine Augenwischerei. Dass gezielte Kredite eine stärkere Wirkung auf die Konjunktur haben als normale Bankkredite, bei denen der Markt bestimmt, an wen sie gewährt werden, stimmt einfach nicht. Warum Eisschränke, Waschmaschinen und Automobile und nicht Möbel, Hausreparaturen, Kauf von gebrauchten Automobilen oder sonst etwas? Abgesehen davon, ist der Betrag der Kapitalflucht allein in diesem Jahr über fünf Mal so hoch wie diese Kredite. Schliesslich sei bemerkt, dass die Mittel des ANSeS auch für die Finanzierung des Planes für öffentliche Investitionen bestimmt sein sollten, der in der Vorwoche bekanntgegeben wurde. Zwei Mal kann man das gleiche Geld nicht verwenden.

Staatsschuld zum 30.9.08: u$s 145,71 Mrd.

Das Wirtschaftsministerium hat die gesamte Verschuldung des Nationalstaates zum 30. September 2008 mit u$s 145,71 Mrd. bekannt gegeben, gegen u$s 144,73 Mrd. zum 31.Dezember 2007. Ausgenommen ist hier die Schuld mit den "Holdouts", die mit u$s 28,75 Mrd. angegeben wird, jedoch mit einem wesentlich niedrigeren Betrag gezahlt werden könnte. Ebenfalls werden die Coupons der Schuldenbonds nicht berücksichtigt, die an das BIP-Wachstum gebunden sind. Die Schuld mit dem Pariser Klub ist zwar eingeschlossen, aber es bestehen Differenzen mit den Gläubigern über den Betrag.

Von der gesamten Staatsschuld besteht etwas über die Hälfte in ausländischen Währungen (hauptsächlich Dollar), während der Rest, der zum Kurs von Ende September u$s 59,56 Mrd. entspricht, in Pesos besteht, die mit dem Koeffizienten CER wertberichtigt werden. Da dieser auf der Grundlage des Indices der Konsumentenpreise berechnet wird, der durch notorische Fälschung niedrig gehalten wird, ist der Betrag der Pesoverschuldung um einige Milliarden Dollar niedriger, als er bei korrekter Inflationsbemessung sein sollte. Es war ein grober Fehler (vom damaligen Wirtschaftsminister Lavagna), bei der Umschuldung zum grossen Teil von Dollarschulden auf indexierte Pesoschulden überzugehen, da 2005 der Wechselkurs real hoch war, so dass die Indexierung nachher eine Erhöhung des Betrages in Dollar mit sich brachte, einfach weil die interne Inflation über der Abwertung gegenüber dem Dollar lag. Das dies durch Indexfälschung korrigiert wurde, schadet dem argentinischen Ansehen und kann zu Prozessen führen, deren Ausgang ungewiss ist.

Die Staatsschuld war bis Ende Juni auf fast u$s 150 Mrd. gestiegen, weil der Teil der Schuld, der in Titeln in Euros bestand, wegen der Euro-Aufwertung in Dollar einen höheren Betrag ergab. Nachdem der Euro gegenüber dem Dollar gefallen ist, ist dies wieder rückgängig geworden. Seit dem 30.6.08 ist die Schuld um u$s 6 Mrd. gesunken, und umgerechnet in lokale Währung um $ 6,32 Mrd.

Seit der Umschuldung ist die Staatsschuld um runde u$s 20 Mrd. gestiegen, zum Teil wegen der CER-Wirkung und zum Teil wegen der Ausgabe von Bonds an die Banken, zum Ausgleich der asymmetrischen Pesifizierung, bei der Dollardepositen zu $ 1,40 und Dollarkredite eins zu eins in Pesos umgewechselt wurden. Die Gläubiger des Staates, die Argentinien getraut haben, erlitten durch den Default und die Umschuldung einen hohen Verlust, während diejenigen, die sich in Dollar verschuldet hatten, meistens Unternehmen (die genau gewusst haben, welches Risiko sie eingingen, und in vielen Fällen ihre Preise nach der Abwertung von 2002 gemäss Wechselkurs erhöht haben) ein üppiges Geschenk erhielten.

Die Gesamtschuld liegt jetzt bei etwa der Hälfte des Bruttoinlandproduktes, wie es auch bis Mitte 2001 der Fall war. Doch zum Unterschied zu damals sind die Zinsen bei der Umschuldung stark herabgesetzt worden, so dass die Bedienung der Schuld das Schatzamt ein Bruchteil des damaligen Betrages kostet. Ausserdem wurde die Schuld gestreckt, und hat jetzt eine durchschnttliche Fälligkeit von 12,4 Jahren. Indessen hatte Argentinien während der Konvertibilitätsperiode Zugang zum internationalen Finanzmarkt, von dem das Land jetzt ausgeschlossen ist.

Von der Staatsschuld entfallen u$s 14,26 Mrd. auf die Weltbank und die interamerikanische Entwicklungsbank (BID). In 9 Monaten wurde die Schuld um netto u$s 829 Mio. abgebaut (abgesehen von den Zinsen in Höhe von u$s 558 Mio. die gezahlt wurden). Argentinien hat die Möglichkeit, mehr Kredite von diesen Banken aufzunehmen, muss jedoch im Fall der Weltbank die normalen Beziehungen zum IWF wieder herstellen. Beim Fonds hat Argentinien theoretisch die Möglichkeit, einen Kredit von u$s 15 Mrd. zu erhalten. Es besteht somit die Möglichkeit, die Fälligkeiten der Schuld, sofern sie nicht mit einem Überschuss der Staatskasse bezahlt werden, mit diesen Krediten auszugleichen, die zu niedrigen Zinsen gewährt werden.

Die Entwicklung der Staatsschuld war wie folgt:

Schuld zum 31.12.07	u$s	144,73 Mrd.
Nettozahlungen	u$s	3,63 Mrd.
Nettoschuld	u$s	141,09 Mrd.
CER u.a. Wertberichtigungen	u$s	4,08 Mrd.
Neue Bonds	u$s	0,51 Mrd.
Rückständige Zinsen	u$s	0,03 Mrd.
Schuld zum 30.09.08	u$s	145,71 Mrd.

einigen Monaten, nach dem Tode des Gründers und Mehrheitsaktionärs Julio Ramos, von Orlando Vignatti (einem Unternehmer aus Santa Fé) übernommen worden. Der "Herald" war vor kurzem an Sergio Spolsky verkauft worden, der einige regierungsfreudliche Presseorgane betreibt.

***

Die Banco Nación wird den Export Maschinen, die im Land erzeugt werden, bis zu u$s 200 Mio. zu 6,5% auf 3 Jahre finanzieren.

***

Der Verband der Kfz-Agenturen ACARA meldet, dass im November 2008 34.595 Einheiten im ganzen Land im Register eingetragen wurden, 6.000 Kfz weniger als im gleichen Vorjahresmonat und 31% unter Oktober 2008. Für ganz 2008 rechnet der Verband jetzt mit einem Verkauf an Endverbraucher von 610.000 Einheiten, 10.000 weniger als bisher geschätzt.

***

Kimberley Clark, die Papierprodukte für den persönlichen Gebrauch u.dgl. (Marken Huggies, Day´s, Kleenex und Scott) herstellt, hat eine Investition von u$s 30 Mio. in ihrem Lo-gistikzentrum in Esteban Echeverría, bei Buenos Aires, fertiggestellt.

***

Wie gemäss provisorischen Angaben bekannt wurde, lagen die primären Ausgaben des Nationalstaates (ohne Zinsen) im November um 45% über dem gleichen Vorjahresmonat, Besonders stark nahmen die Zuwendungen an die Provinzen zu (angeblich an die 150%), die zum grossen Teil für öffentliche Bauten bestimmt sind.

***

Im November hat das Amt für die Verwaltung der sozialen Sicherheit ANSeS $ 280 Mio in Treuhandfonds angelegt, die für die Finanzierung von dauerhaften Konsumgütern bestimmt sind. Insgesamt haben Fonds dieser Art im November um die $ 900 Mio. aufgenommen. Die Regierung will verhindern, dass die Verstaatlichung der privaten Rentenkassen zu einem Versiegen der Konsumfinanzierung führt, da das von den Kassen verwaltete Kapital zum Teil in diesen Fonds angelegt wurde.

***

Der Verband der lokalen Kfz-Fabriken ADEFA berichtete, dass die Kfz-Produktion im November mit 42.752 Einheiten um 28,1% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat und 26,4% gegenüber Oktober 2008 gefallen ist. In 11 Monaten lag die Produktion mit 570.370 Einheiten um 15,5% über dem Vorjahr. Die Lieferungen an die Agenturen lagen im November mit 35.617 Kfz um 26,1% unter dem Vorjahr,und um 25,8% unter Oktober 2008, wobei die Agenturen darauf hinweisen, dass die Lieferungen unter Druck stattfanden, da sie sonst nur etwa die Hälfe bezogen hätten, weil sie wenig verkaufen. In 11 Monaten lagen die Lieferungen bei 576.089 Einheiten, 11,9% über dem Vorjahr, was einen historischen Rekord darstellt. Der Export lag im November mit 27.905 Einheiten um 24,6% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 28,6% unter dem Vormonat. In 11 Monaten wurden 334.812 Einheiten exportiert, 15,8% mehr als im Vorjahr, davon 72,1% nach Brasilien, 10,8% nach Mexico und 5,4% nach Europa.

***

Durch Dekret 2019/08 (Amtsblatt vom 3.12.08) wurde das Bergbauprojekt zur Ausbeutung von Kalium "Potasio Rio Colorado" durch die britisch-australische Firma Rio Tinto von nationalem Interesse erklärt. Es geht um eine Investition von u$s 3,5 Mrd. in Malargue, Provinz Mendoza. Das Unternehmen erwartet eine Produktion von mindestens 2 Mio Jato Kalium.

***

Die Unternehmen der Milchindustrie haben bekanntgegeben, dass sie den Landwirten 30% unter dem mit der Regierung vereinbarten Preis von $ 1 pro Liter bezahlen werden. Wenn es sich um Landwirte handelt, die nicht zu den traditionellen Lieferanten gehören, zahlen sie nur $ 0,55 pro Liter. Das ist eine Folge der gesunkenen Nachfrage für Milchprodukte, des zeitweiligen Exportverbotes für Käse, und des akuten Preisverfalls bei exportierter Trockenmilch.

***

Durch Beschluss 107/08 des Wirtschaftsministeriums (Amtsblatt vom 3.12.08) wurden Mindestpreise für den Export von Knoblauch festgesetzt, die über den effektiven Preisen liegen und somit den Export gebremst haben. Angeblich können 40 volle Lastwagen die Grenze nicht überqueren, weil das Zollamt den Export zu den angegebenen Preisen nicht zulässt. Der Branchenverband weist darauf hin, dass der Beschluss keinen Unterschied gemäss Qualität und Grösse der Knoblauchknollen macht. Während im Vorjahr bis Ende November 12 Mio. Kisten im Wert von u$s 25 Mio. exportiert worden waren, sind es dieses Jahr nur 2,3 Mio. Kisten für u$s 1,3 Mio.

***

Durch Dekret 2067/08 wurde ein staatlicher Treuhandfonds gebildet, der mit einem Aufschlag auf den Gaspreis für alle Verbraucher (Industrie, Handel, Haushalte u.a.) gespeist wird, der dazu bestimmt ist, den Preis von importiertem verflüssigtem Gas (GNL) und den vom Gas, das aus Bolivien importiert wird, auszugleichen. In beiden Fällen liegt der Gaspreis stark über dem, der an die lokalen Erzeuger gezahlt wird.

***

Durch Dekret 2017/08 wurde der neuen Konzessionsvertrag mit Ferrosur genehmigt, die den Eisenbahnfrachtdienst von Buenos Aires

nach Bahía Blanca und Neuquén betreibt. Der Konzessionär ist die brasilianische Camargo Correa, die die Eisenbahn beim Kauf der Zementfirma Loma Negra übernommen hat. Die Verhandlung hat fünf Jahre gedauert. Die Bussen, die verhängt worden waren, werden aufgehoben. Ferrosur verpflichtet sich jetzt, 9,5% des Umsatzes, mit einem Mindestbetrag von $ 7,5 Mio. pro Jahr, zu investieren, bei Priorität der Hauptlinien. Die Gebühr wurde auf 3% des Umsatzes festgelegt, die einem Treuhandfonds zugeführt wird, der für die Verbesserung der Schienen und den Kauf von Lokomotiven und Waggons eingesetzt wird.

***

Der Präsident der Bank der Provinz Buenos Aires (BAPRO), Guillermo Francos, erklärte, die Bank habe 2008 doppelt so viel an die Privatwirtschaft geliehen wie 2007.

***

Die Bundeskammer für Verwaltungsangelegenheiten hat den Beschluss 2159 vom November 2006 des Amtes für öffentliche Einnahmen (AFIP) für nichtig erklärt, durch den die Verwalter von Wohnungsgemeinschaften (Eigentümer von Appartements, von Wohnungen in Country Clubs u.a.) verpflichtet wurden, allerlei Daten über Wohnungseingentümer zu liefern, die monatlich mit über $ 600 an den Ausgaben beiträgen. Die Richter haben vornehmlich die Bussen beanstandet, die bis zu $ 10.000 gingen. Die Verwalter hatten darauf hingewiesen, dass sie nicht befugt seien, von den Immobilieneigentümern Information über Werte u.a. Dingen zu fordern.

***

Das Parlament der Provinz Buenos Aires hat den Konzessionsvertrag mit der Firma Tecplata für die Errichtung einer Umladeanlage für Container am Hafen von La Plata genehmigt. Es handelt sich um eine Investition von u$s 250 Mio. Tecplata gehört argentinischen und phillippinischen Investoren.

***

Die Präsidentin Cristina kirchner kündigte in Mar del Plata am Mittwoch Kredite der Banco Nación von insgesamt $ 80 Mio. für die Vorfinanzierung von Exporten von Fischereiunternehmen an, die jedoch nur an diejenigen gewährt werden, sie kein Personal entlassen. Ebenfalls gab sie bekannt, dass Videolamaras u.a. Geräte an Bord der Schiffe eingerichtet werden sollen, um den Fischfang zu kontrollieren.

***

Die Deputiertenkammer hat das Projekt angenommen, durch das die Fluggesellschaften Aerolíneas Argentinas und Austral enteignet werden. Der Besitzer der Unternehmen, die spanische Marsans beabsichtigt daraufhin, ein Klage vor dem Weltbankschiedsgericht ICSID einzureichen. Die Regierung hatte versucht, die Unternehmen zu kaufen. Das scheiterte an den stark unterschiedlichen Bewertungen, bei denen der Staat zu einem negativen Vermögen von u$s 832 Mio. gelangte, die Firma jedoch auf plus u$s 250 Mio. Die Bewertung hängt u.a. davon ab, ob die politisch niedrig gehaltenen Tarife bei der Rechnung berücksichtigt werden. Oppositionsabgeordnete setzten sich für das Konkursverfahren ein, bei dem der Staat nicht für die hohen Passiven aufkommen muss, wie es bei einer Enteignung der Fall ist. Das hätte jedoch eine kalte Entlassung ohne Entschädigung der fast 10.000 Belegschaftsmitglieder bedeutet, von denen bestenfalls 3.000 notwendig sind. Das Gesetzesprojekt muss jetzt vom Senat behandelt werden. Der Staat trägt schon jetzt das Betriebsdefizit der Unternehmen, von über u$s 1 Mio. täglich.

MAXINTA
Casa de Cambio
Sociedad de Bolsa
Máximo Intaglietta
Fernán Peralta Ramos
Magdalena Brennan
Carola Seleguan
Sarmiento 378 6º y 7º 5278-4400

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Vor einer zunehmenden Arbeitslosigkeit

Plötzlich ist das Gespenst einer hohen Arbeitslosigkeit wieder aufgetaucht. Trotz der ausserordentlich günstigen Konjunktur der letzten sechs Jahre, wies das Statistische Amt (INDEC) für September eine Vollarbeitslosigkeit von 7,8% aus, nur 0,3 Punkte unter dem gleichen Vorjahresmonat. Ohne diejenigen, die Subventionen empfangen und angeblich dafür etwas leisten müssen, was sie in der Praxis kaum tun, steigt die Arbeitslosigkeit auf 8,1%. Gewiss: Im Höhepunkt der Krise, Mitte 2002, betrug die Arbeitslosigkeit 24%; aber das BIP ist inzwischen um über 50% gestiegen, so dass man eine stärkere Abnahme hätte erwarten können.

Ausserdem ist die Unterbeschäftigung (Personen, die bis zu 35 Wochenstunden arbeiten, jedoch länger arbeiten wollen) leicht auf 9,2% gestiegen. Bei einer aktiven Bevölkerung (diejenigen, die arbeiten, plus diejenigen, die arbeiten wollen, aber keine Beschäftigung finden) von 16,5 Mio. Personen, bedeutet dies, dass insgesamt 2,8 Mio. Personen Beschäftigungsprobleme haben. Die Zahl wäre noch höher, wenn nicht dieses Jahr die Zahl derjenigen, die eine Arbeit suchen, abgenommen hätte. Viele sind entmutigt und geben auf, so dass sie von der Statistik nicht als Arbeitslose erfasst werden.

In den letzten Jahren hat die Elastizität der Beschäftigung, die das Verhältnis der Zunahme der Beschäftigten zur Zunahme des BIP misst, stark abgenommen. Während dieser Koeffizient 2003 noch nahe bei eins lag, ist er jetzt unter 10% gesunken. Der Experte Ernesto Kritz (Direktor de Studieninstitutes "Sociedad de Estudios Laborales") weist darauf hin, dass es im 3. Quartal 2008 kaum noch Schaffung von Arbeitsplätzen gegeben habe, obwohl die Wirtschaft weiter gewachsen ist. Die Unternehmen haben offensichtlich eine abwartende Haltung eingenommen, sei es weil sie eine geringere Nachfrage aufweisen, oder weil sie eine solche vorwegnehmen. Das 4. Quartal sieht noch viel schlechter aus.

Bei der sinkenden Beschäftigungselastizität spielt mittelfristig die kontinuierliche Rationalisierung und Automatisierung in der Wirtschaft eine Rolle, wobei die Verteuerung der Arbeitskraft, die die Regierung und die Gewerkschaften ununterbrochen durchsetzen, Investitionen in Maschinen und Anlagen, die Arbeit ersetzen, und auch die Einführung rationellerer Arbeitsmethoden fördert. Hinzu kommt noch das ständige Vordringen der Computer-Technologie, die eine stark arbeitssparende Wirkung hat. Schliesslich haben viele Unternehmen es in Zeiten guter Konjunktur vorgezogen, ihr Produktionsproblem mit Extrastunden als mit mehr Arbeitskräften zu lösen. Das führt zum Paradoxon, dass einige Arbeiter und Angestellte weit über 8 Stunden täglich arbeiten und andere gar nicht. Doch Extrastunden, auch wenn sie 30% bis 50% mehr bezahlt werden, haben den Vorteil, dass sie jederzeit wieder abgeschafft werden können.

Dass der Konjunkturrückgang, der schon begonnen hat und voraussichtlich intensiver sein wird, mit Entlassungen begleitet wird, ist normal. Dies tritt jedoch mit verzögerter Wirkung in Erscheinung. Wir stehen erst am Anfang dieser Entwicklung. Die Frage, die sich jetzt stellt, ist wie stark die Beschäftigung bei stagnierendem oder gar rückläufigem BIP abnimmt. Die Unternehmen versuchen meistens im eigenen Interesse ihre Belegschaften zu erhalten, weil es sie viel gekostet hat, die einzelnen Arbeiter und Angestellten einzulernen. Das ist ein Kapital, das man nicht so leicht aufgeben will. Doch auf der anderen Seite können Unternehmen es sich nicht leisten, Arbeiter, die sie nicht beschäftigen, längere Zeit zu erhalten. 2002 war es so, dass die Megaabwertung dazu geführt hatte, dass die Löhne real zurückgeblieben waren und für viele Unternehmen somit die Lohnsumme einen geringeren Anteil am Umsatz hatte. Somit konnten es sich viele leisten, mehr Arbeiter zu beschäftigen, als sie brauchten. Das hat sich jetzt geändert: die Löhne und Gehälter sind, real berechnet und auch in Dollar ungerechnet, in den meisten Fällen höher als 2001, und die Gewinnmargen sind in den meisten Fällen stark geschrumpft. Ausserdem hat sich der Zugang zum Kredit in letzter Zeit erschwert, so dass die Finanzierung einer überhöhten Belegschaft schwieriger geworden ist.

Die Gewerkschaften setzen sich für eine Behinderung der Entlassungen ein. Ein Gesetzesprojekt, das der Deputierte und Berater des Gewerkschaftsverbandes CGT Héctor Recalde ausgearbeitet hat, sieht eine Verdoppelung und, in bestimmten Fällen, eine Verdreifachung der Entlassungsentschädigung vor. Andere Gewerkschafter sprachen sogar von einem Entlassungsverbot. Dies hat dazu geführt, dass viele Unternehmen Entlassungen vorgenommen haben, um diesem Gesetz zuvorzukommen. Deshalb schlägt Recalde vor, dass es rückwirkend ab 1. Oktober gelten soll. Dies kann jedoch von den Unternehmen vor Gericht eventuell als rechtswidrig angefochten werden.

Die Regierung, und besonders Arbeitsminister Tomada, hat wenig Begeisterung für diese Lösung gezeigt, die die Gefahr der Zerstörung von mehr Arbeitsplätzen mit sich bringt, als durch Entlassungen verloren gehen, nämlich wenn Unternehmen aufgeben müssen. Minister Tomada, der bisher stets mit den Gewerkschaftern einig ging, will dem Problem jetzt auf andere Weise begegnen. So bemüht er sich zunächst, die einzelnen konkreten Fälle durch das sogenannte "präventive Krisenverfahren" zu lösen, bei dem alle Möglichkeiten erwogen werden, um Entlassungen zu verhindern. In der Tat wurden in den letzten drei Monaten schon

26 Verfahren dieser Art abgewickelt, wobei in den meisten Fällen Entlassungen vermieden werden konnten. Diese Lösung mag wirksam sein, solange die Rezession und das entsprechende Entlassungsproblem beschränkt sind. Ob die Regierung ihre Einstellung ändert, wenn die Arbeitslosigkeit stark zunimmt, also über die Grenze von 10% steigt, die das Notstandsgesetz von 2002 für die doppelte Entlassungsentschädigung aufgestellt hatte, sei dahingestellt. Es ist gut möglich, dass in diesem Fall das gleiche Kriterium wie damals eingeführt wird, auch wenn die Umstände und die Folgen jetzt anders sind.

Tomada hat auch ständige Besprechungen zwischen Beamten, Gewerkschaftern und Unternehmern im Rahmen des bestehenden Lohnrates angeregt. Diese Gruppe soll die Entwicklung des Arbeitsmarktes verfolgen, die Einzelfälle prüfen und Lösungen erwägen, bei denen Entlassungen vermieden oder auf ein Minimum beschränkt werden. Bei grösseren Unternehmen kann dies erfolgreich sein; bei kleinen kaum. Und diese sind für den grössten Teil der Arbeitnehmer verantwortlich.

Einige Unternehmen (an erster Stelle Peugeot-Citroen) haben inzwischen ein innovatives System ausgeklügelt, um das Problem zu lösen. Sie gehen mit zeitlich befristeten Aufhebungen der Arbeit vor, die sie nacheinander bei verschiedenen Gruppen der Belegschaft anwenden. Das läuft auf eine allgemeine Senkung des Gesamtlohnes der Arbeiter hinaus, so dass das Opfer auf die gesamte Belegschaft verteilt wird, was sozial viel besser ist und den Unternehmen erlaubt, die Produktion kurzfristig wieder zu erhöhen. Bei anderen Unternehmen der Kfz-Branche bestehen noch Verhandlungen, wobei die meisten Unternehmen jedoch andere Wege vorschlagen, mit Entlassungen.

Bei der Erdölindustrie ist es der Regierung gelungen, dass die Gewerkschaften bei Unternehmen, die im Süden tätig sind, sich verpflichten, während sechs Monaten nicht zu streiken, wobei die Unternehmen ihrerseits versichert haben, ihr Investitionsprogramm fortzuführen, das viele Menschen beschäftigt. Die Regierung denkt jetzt daran, bestimmte Massnahmen, die Unternehmen begünstigen, wie eventuell das jüngste Moratorium, an die Bedingung zu knüpfen, dass die Firmen keine Arbeiter entlassen. Eventuell können auch weiche Kredite der staatlichen Banken diese Bedingung enthalten. Allgemein wurde schon verfügt, dass bei einer Zunahme der Belegschaft die Soziallasten verringert werden. Das bezieht sich jedoch nur auf Unternehmen, die expandieren, nicht auf die, die vor der Notwendigkeit einer Verringerung stehen. Man müsste schon etwas weiter denken, und in diesen Fällen auch etwas bieten, z.B. eine Aufhebung der Soziallasten für den Teil der Belegschaft, den das Unternehmen sonst entlassen würde. Das finanzielle Opfer der Beibehaltung der Beschäftigung sollte geteilt werden.

Wenn man das Thema noch weiter durchdenkt, so gelangt man auch auf die Priorität des Arbeitsabkommens für Unternehmen vor denen der Branchen, da die Unternehmen unterschiedliche Strukturen aufweisen, wobei die schwächeren nicht die gleichen Löhne der stärkeren zahlen können. Das Arbeitsgesetz, das unter Präsident de la Rua ausgearbeitet und vom Parlament genehmigt wurde, sah dieses Prinzip vor. Aber unter dem Vorwand, dass jenes Gesetz mit Schmiergeldern an Deputierten und Senatoren zustande gekommen war, wurde es auf Initiative von Recalde in wesentlichen Punkten rückgängig gemacht, so dass die Branchenabkommen wieder Vorrang haben. In der Praxis haben sich jedoch Unternehmensabkommen weitgehend durchgesetzt; sie stellen bei weitem die Mehrheit der Arbeitsabkommen dar.

Das Prinzip der Lohndifferenzierung ist bei der Beschäftigungspolitik besonders wichtig; denn gelegentlich bestehen Beschäftigungsmöglichkeiten, aber nicht zum gleichen Lohn, den eine bestehende Belegschaft erhält. Das Flexibilitätsprinzip, also die Anpassung der Löhne und Arbeitsbedingungen an die konkreten Verhältnisse der Unternehmen, muss bei einer Beschäftigungspolitik absolute Priorität haben. Die Tatsache, dass fast 40% der Beschäftigten schwarz arbeiten, zeigt, dass sich das Flexibilitätsprinzip schliesslich in extremer Form durchsetzt. Etwas stimmt bei der Arbeitsgesetzgebung und den Arbeitsverträgen bei einem so hohen Koeffizienten nicht. Allein, so weit denkt in der Regierung wohl kaum jemand. Flexibilität wird in vielen Fällen einfach faktisch von den Gewerkschaften geduldet und bei Kleinunternehmen ohne zu fragen eingeführt, wobei auch Schwarzarbeit als geringeres Übel gegenüber der Arbeitslosigkeit hingenommen und stillschweigend geduldet wird.

Positiv an dieser Entwicklung, bei der das Beschäftigungsproblem in den Vordergrund tritt, ist der Umstand, dass dabei Lohnforderungen nachlassen und statt dessen Wege gesucht werden, um die Beschäftigung zu erhalten. Würde die Regierung die Gelegenheit beim Schopf fassen, dann könnte sie beiläufig dazu beitragen, die Inflation einzudämmen, durch Unterbrechung der Lohn-Preisspirale, die sich in letzter Zeit gefährlich beschleunigt hat. Ob die Kirchners dies begriffen haben, sei dahingestellt.

Indessen denkt das regierende Ehepaar kaum an Beschäftigungspolitik. Im Grunde gehen sie davon aus, dass die Beschäftigung nur vom Wachstum der Wirtschaft abhängt. Das ist paradoxerweise eine ultraliberale Auffassung. Sie scheinen sich keine Gedanken darüber gemacht zu haben, warum bei einem so hohem Wachstum, wie dem der letzten sechs Jahre, die Arbeitslosigkeit und die Schwarzarbeit immer noch unzivilisiert hoch sind. In diesem Sinn bemühen sich die Kirchners um die Ankurbelung der Konjunktur, aber nicht um die strukturellen Probleme, die unabhängig von der Konjunktur eine höhere legale Beschäftigung behindern, wie eine Arbeitsgesetzgebung, die im Endeffekt eine kontinuierliche Verteuerung der Arbeit über den Lohn hinaus mit sich bringt.

Die Kirchners sind überzeugt, dass sie die Konjunktur mit allerlei Massnahmen massgeblich beeinflussen können: Vermögensweisswaschung, Moratorium für Steuerschulden, ein Rabatt bei Unternehmerbeiträgen zum Rentensystem bei Belegschaftserhöhungen, Weisswaschung von Schwarzarbeitern, bestimmten Steuervergünstigungen, gezielten weichen Krediten der Staatsbanken und konzertierten Aktionen mit bestimmten Unternehmern. Das soll dazu führen, dass die Wirtschaft weiter stark wächst und die Unternehmen mehr Arbeitskräfte benötigen.

Wirtschaftsminister Carlos Fernandez erklärte in diesem Sinn, die Wirtschaft werde 2009 weiter wachsen, auch wenn zu niedrigeren Raten als in den Vorjahren. Er dürfte sich leider irren. All die genannten Massnahmen haben, wenn überhaupt, nur eine beschränkte Wirkung auf die Konjunktur und eine noch geringere auf die Beschäftigung. Die zahlreichen grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Fehler dieser Regierung, die wir an dieser Stelle detailliert dargelegt haben, plus die Folgen der Dürre dieses Jahres und der internationale Rezession, wirken sich jetzt mit voller Wucht aus. Ein bekannter Wirtschaftler sagte einmal, man könne bei der Wirtschaftspolitik machen was man wolle, aber man könne den Konsequenzen der getroffenen Entscheidungen nicht entgehen.